

Nahrungsmittelkrise und Hunger- Eine andere Landwirtschaft ist nötig

■ UN-Ernährungsgipfel in Rom

Global daneben

In Rom wurde kürzlich geredet: über die Ernährung der Welt, über Mangel und die Notlage jener, die hungern. Nahezu alle 193 UN-Mitgliedstaaten hatten Vertreter in die italienische Hauptstadt geschickt, viele sogar ihre erste politische Garnitur. Es schien fast, als nehme die Weltgemeinschaft das Problem ernst.

Die Preise für Lebensmittel steigen weltweit. Grundnahrungsmittel wie Reis und Weizen sind für viele Menschen unbezahlbar geworden, für andere kaum noch erschwinglich. Auf immer mehr Fläche werden rund um den Globus Pflanzen angebaut, die nicht der Ernährung dienen. Sie werden zu Alkohol oder Biodiesel verarbeitet und verbrannt. Mobilität ist großen Teilen der Menschheit wichtiger als die Ernährung ihrer Vettern in Afrika, Teilen Asiens und Lateinamerikas, in den Slums der Dritte-Welt-Metropolen oder den vernachlässigten und vergessenen Regionen Osteuropas.

An die 900 Millionen Menschen hungern oder sind unterernährt. Einen »Skandal der Menschheitsgeschichte« nannte das die deutsche Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul in Rom. Auch andere Politiker fanden starke Worte. Wieder einmal, muß man sagen.

Hunger ist kein neues Problem. Bereits 1974 hatte man sich auf einer Welternährungskonferenz verpflichtet, den Hunger binnen zehn Jahren auszurotten. Auf dem nächsten Gipfel im Jahr 1996 hieß es dann, dass die Zahl der Hungernden bis 2015 halbiert werde. Auch von diesem Vorsatz, der im Jahr 2000 auch als eines der sogenannten Millenniumsziele der UN festgeschrieben worden war, ist nicht viel geblieben.

Das Vorhaben ist tatsächlich völlig gescheitert. Das machte in Rom der Chef der Welternährungsorganisation FAO,

Jacques Diouf, deutlich. Realistisch sei eher das Jahr 2050, so der Funktionär. Da wirkt es fast hilflos, wenn die UNO jetzt aufruft, die Nahrungsmittelproduktion bis 2030 um 50 Prozent weltweit zu steigern.

Auch die sanfte Kritik des Generalsekretärs der Weltorganisation, Ban Ki Moon, an der Biospritproduktion, war wohl ein Alibistatement. Heftig attackierte er hingegen jene Staaten, die aus Gründen der eigenen Versorgungslage Exportbeschränkungen bzw. Preiskontrollen für Grundnahrungsmittel eingeführt hatten.

In seiner neoliberalen Logik forderte Ban statt dessen eine Einigung im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO. Ausgerechnet. Alles, was diese Organisation bislang zustande gebracht bzw. geplant hat, war im Interesse der global agierenden Konzerne und nicht der Menschen. Mit ihrer Marktöffnungspolitik hat sie die Landwirtschaft in den Ländern des Südens der Konkurrenz mit dem Agrobusiness des reichen Nordens ausgesetzt - mit der Folge, dass viele einheimische Bauern aufgeben mussten und viele Länder immer mehr auf Nahrungsmittelimporte angewiesen sind.

Waffen statt Nahrung

Jacques Diouf – der Chef der Welternährungsorganisation FAO, die als Teil der UNO den dreitägigen Kongress in Rom veranstaltete – beklagte sich über die Unfähigkeit der reichen Staaten. Schon Ende 2007, als sich mit steigenden Energie- und Düngerpreisen, wachsender Nachfrage und leeren Lagern eine Explosion der Nahrungspreise ankündigte, habe die FAO „nur“ 1,7 Milliarden Dollar Soforthilfe gefordert, um armen Ländern Zugang zu Dünger, Saatgut und Futter zu gewähren und wenigstens für 2008 eine Ernte sicherzustellen. „Aber es war umsonst“, klagte Diouf.

Schon mit 30 Milliarden Dollar pro Jahr könne man global die Ursachen des Hungers bekämpfen, so der Senegalese Diouf: „Aber während die Welt jährlich 1200 Milliarden Dollar für Waffen ausgibt, während die OECD-Länder (die 30 Reichsten der Erde) mit jährlich 372 Milliarden Dollar Agrarsubventionen den Weltmarkt verfälschen, versteht kein Mensch, warum es nicht möglich sein soll, jene 30 Milliarden aufzutreiben, die es 862 Millionen Menschen ermöglichen würden, zu ihrem elementarsten Recht zu kommen: zum Recht auf Nahrung.“

Proteste gegen
steigende
Lebensmittelpreise
im Jemen Ende
2007



■ Wie die Finanzkrise die Nahrungsmittelmärkte infiziert

Die achte Plage

Die für Landwirtschaft und Ernährung zuständige FAO zählt heute mehr als 850 Millionen Unterernährte in den Entwicklungsländern und selbst in den USA, dem reichsten Staat der Erde, zehn Millionen Betroffene. Auch ins Hartz IV-Deutschland sind Armut und Hunger zurückgekehrt. Das ist auch eine Energiekrise, denn mit Lebensmitteln tanken wir überlebenswichtige Energie, die für viele unerschwinglich wird: von 2004 bis 2007 stiegen die Preise für Nahrungsmittel um durchschnittlich 83 Prozent.

Die Hungerunruhen in Haiti, Westafrika oder Bangladesh sind eine Mahnung, die Weltbank und IWF besorgt registrieren. Folglich standen nicht nur die globale Finanzkrise, das nahende Ende der Ölvorräte und der Klimawandel auf der Agenda ihrer jüngsten Tagung - auch die globale Nahrungsmittelkrise. Die beiden Energiekrisen und die Finanzkrise haben Ursachen, die nicht unabhängig voneinander sind.

Der Freihandel führt dazu, dass sich die wettbewerbsfähigsten Anbieter von Agrarprodukten durchsetzen können. Die großen Agro-Konzerne aus den USA und der EU betreiben Monokulturen für die Massenproduktion und verdrängen kleine Produzenten mit ihrem regional angepassten Angebot. Obendrein werden die Agromultis subventioniert, sie können zu Preisen verkaufen, mit denen niemand sonst mithalten kann, so dass regionale Versorgungsnetze nieder konkurriert werden. Zugleich breitet sich das westliche Modell des Fleisch essenden Konsumenten aus, auch in Ländern, in denen über Jahrhunderte eher vegetarische Energie von Reis, Mais und Gemüse aufgenommen wurde. Um das Fleisch der Bouletten zu erzeugen, braucht man freilich sehr viel Fläche und Futterpflanzen. Die fehlen in der täglichen Essensration, und das Fleisch können sich viele Menschen nicht leisten.

Weltbank-Präsident Robert Zoellick hat die Nahrungsmittelknappheit mit den alttestamentarischen "sieben Plagen" verglichen, vergaß aber zu erwähnen: eine achte ist die Weltbank selbst. Sie hat die Förderung der Agrarproduktion für den Export und nicht die lokale Versorgung der Bevölkerung durchgesetzt. Die Devisen, um Kredite auf den globalen Finanzmärkten zu bedienen, waren ihr wichtiger

als die Ernährung der Menschen, auch wenn das den Finanzmärkten letztlich nicht half. Als die Immobilienblase platzte, stürzten sie in die tiefste Krise der vergangenen 100 Jahre. Doch die Spekulanten geben nicht auf. Sie stecken trotz der Verluste noch immer riesige Geldvermögen in Rohstoffe und treiben die Preise für Nahrungsmittel vor sich her. So infiziert die Krise der Finanzmärkte die Märkte für Nahrungsmittel.



Bei alledem fällt auch ins Gewicht, dass Ackerland heute mehr denn je genutzt wird, um Autotanks statt hungriger Mägen zu füllen. Die Menschheit steht auf einmal vor der Alternative Food or fuel, wie die FAO einen Bericht betitelt hat. Einer "diabolischen Allianz" von Konzernen aus der Ölbranche, der Automobilwirtschaft, der Pharma- und Agroindustrie geht es darum, Ackerflächen des globalen Südens in einen Hort der Produktion von Treibstoff für den globalen Norden zu verwandeln. Dadurch befinden wir uns in der fatalen Lage,

dass ein abhebender Ölpreis auch Biomasse und Nahrungsmittel verteuert. Der Preis für eine Tankfüllung bestimmt nun den Preis der Nahrung, mit der sich die Menschen den Bauch füllen. Die beiden Krisen der fossilen Treibstoffe und der Nahrungsmittel sind Kehrseiten der gleichen Medaille eines außer Rand und Band geratenen fossilen Kapitalismus.

Die Betroffenen haben die Wahl zwischen "exit" und "voice". Sie können abhauen und als Migranten versuchen, unter- und durchzukommen. Oder sie begehren auf und revoltieren gegen ein solches Desaster. In Demokratien kann dies - unter günstigsten Voraussetzungen - friedlich ablaufen, doch meist kommt es zur Gewalt, die von den Verteidigern des Status quo einer Herrschaft ausgeht, die nicht einmal mehr Versorgungssicherheit garantieren kann.

Wirkliche Nahrungssouveränität kann es nur geben, wenn die Nahrungproduzenten selbst über den Boden und die Nahrungskette verfügen. Ohne Kontrolle der Finanzmärkte, um die Spekulation gegen Lebensmittel zu unterbinden, wird dies allerdings vergebliche Liebesmüh sein. Gegen die fossile Energie- und Klimakrise helfen nur erneuerbare Energien - doch nicht zu Lasten der Lebensmittel für Menschen - und eine radikal andere Lebensweise, um Energie zu sparen.

Es gab einstmal die Idee eines solidarischen gesellschaftlichen Umbaus, die dem Neoliberalismus zum Opfer fiel. Dabei ist es angesichts einer mehrfachen Krise, die nicht nur die Ökonomie destabilisiert, sondern das Leben von Milliarden Menschen bedroht, so nötig wie nie zuvor, die Idee Wirklichkeit werden zu lassen.



Ernährungssouveränität jetzt!

Angesichts des Klimawandels und des prognostizierten Bevölkerungsanstiegs bis 2050 muss in den kommenden Jahren die Weltproduktion von Lebensmitteln zunehmen. Die BäuerInnen sind dieser Herausforderung gewachsen, wie sie in der Vergangenheit bereits bewiesen haben: Die Getreideproduktion stieg schneller als das Bevölkerungswachstum, obwohl sich die Weltbevölkerung in den letzten 50 Jahren verdoppelt hat.

Für den Erhalt von Subsistenzwirtschaft, Arbeitsplätzen, Gesundheit und Umwelt muss nach Ansicht von La Via Campesina die Ernährung in den Händen einer nachhaltigen bäuerlichen Landwirtschaft bleiben. Nahrungsmittel dürfen nicht von den Lebensmittelkonzernen und den großen Handelsketten kontrolliert werden.

Gentechnisch veränderte Pflanzen und industrielle Landwirtschaft schädigen

Gesundheit und Umwelt. Ein Beispiel: Die von der AGRA in Afrika propagierte «neue grüne Revolution» (neues Saatgut, chemische Dünger, große Bewässerungsprogramme) wird die Krise nicht lösen, sondern vielmehr verschlimmern. Jüngste Forschungserkenntnisse beweisen umgekehrt, dass klein strukturierte Biolandwirtschaften mindestens gleich ertragreich sind wie konventionell bewirtschaftete Landwirtschaften. Manche Schätzungen sprechen sogar von der Möglichkeit mit nachhaltiger Landwirtschaft die weltweite Agrarproduktion um bis zu 50% zu steigern.

Um eine schwere Lebensmittelkrise zu vermeiden, müssen Regierungen und öffentliche Einrichtungen mit ihrer Politik den weltweit wichtigsten Energie- lieferanten – die Nahrung – schützen!



Über „Via Campesina“

Via Campesina ist der weltweit größte Zusammenschluss von Kleinbauern, Fischern, Landarbeitern und Landlosen. 150 Organisationen aus über 60 Ländern der Welt sind Mitglied dieses Netzwerks, das damit etwa 200 Millionen Menschen vertritt.

Via Campesina tritt für eine bäuerliche und ökologische Landwirtschaft ein, die vor allem die Bevölkerung im eigen-

nen Land versorgen kann - im Gegensatz zur industrialisierten und exportorientierten Produktion des Agrobusiness.

Organisationen von Via Campesina setzen sich offensiv für die Interessen ihrer Mitglieder ein: zum Beispiel mit Besetzungen brach liegender Ländereien, mit Protesten gegen Genfelder, mit der Gründung von Kooperativen oder dem Aufbau eigener Saatgutbanken.

Regierungen müssen die lokale Produktion entwickeln, steigern und schützen, um die Abhängigkeit von den Weltmärkten zu verringern. Das beinhaltet das Recht der einzelnen Länder oder Vereinigungen, Importe zu kontrollieren, und die Pflicht, jegliche Form von Nahrungsmitteldumping zu unterbinden.

Regierungen müssen Mechanismen zur Marktregulierung oder -Steuerung einrichten bzw. erhalten. Dazu gehören das Anlegen von Sicherheitsvorräten und garantierte Mindestabnahmepreise, um somit stabile Bedingungen für ProduzentInnen zu schaffen.

Henry Saragih, Haupt-Koordinator von La Via Campesina und Vorsitzender der Indonesischen BäuerInnen-Gewerkschaft erklärt: «Die BäuerInnen brauchen Böden, um Nahrungsmittel anzubauen, und ihre Gemeinschaft, ihr Land zu ernähren. Es ist an der Zeit echte Agrarreformen umzusetzen, damit die bäuerlichen Familien die Menschen mit Nahrungsmitteln versorgen können.»

Ibrahim Coulibaly, Präsident des nationalen Bauernverbandes CNOP (Coordination Nationale des Organisations Paysannes) in Mali ergänzt: «Angesichts der stark gestiegenen Lebensmittelpreise hat unsere Regierung den Forderungen der BäuerInnen-Organisationen zugestimmt, die Schutz und Entwicklung lokaler Nahrungsmittelmärkte statt höherer Importe verlangen. Weitere Lebensmittelimporte machen uns nur noch abhängiger von den brutalen Anstiegen oder Einbrüchen auf den Weltmärkten.»

La Via Campesina ist überzeugt, dass die Lösung der aktuellen Lebensmittelpreis-krise in der Ernährungssouveränität liegt. Darunter wird das Recht auf eine gesunde und den örtlichen Gegebenheiten entsprechende Ernährung verstanden, die mit ökologisch sinnvollen und nachhaltigen Mitteln erzeugt wurde. Ernährungssouveränität bedeutet auch das Recht der Nationalstaaten, ihre eigene Agrar- und Lebensmittelpolitik zu bestimmen, unter Rücksichtnahme auf die Landwirtschaft in Drittstaaten. Das Hauptaugenmerk der Produktionssysteme und Politiken soll auf die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen gelegt werden, die Lebensmittel produzieren, verkaufen und konsumieren, und nicht auf die Forderungen von Märkten und Konzernen. Ernährungssouveränität stellt lokale und nationale Wirtschaftskreisläufe und Märkte in den Mittelpunkt. Sie unterstützt eine Landwirtschaft, die von Bauern und ihren Familienbetrieben gestaltet wird.

Landwirtschaft global - kurz & knapp

Weltagrarbericht

Drei Jahre lang haben rund 400 Experten des Weltagrarrates an einem Report zur Welternährung und zur Zukunft der Landwirtschaft gearbeitet. Das Ergebnis wurde in Paris am 15. April 2008 vorgestellt.

Die Ausrichtung der Agrarpolitik auf die Steigerung der Produktion um jeden Preis habe zu gravierenden Fehlentwicklungen geführt, urteilen die Experten. Die industrielle Landwirtschaft mit einem hohen Einsatz an Chemikalien und energieaufwändigen Düngemitteln trage stark zum Verlust fruchtbarer Böden und zur Verschärfung des Klimawandels bei. „35 Prozent der ernsthaft degradierten Böden der Erde wurden durch die Landwirtschaft geschädigt“, heißt es in dem Abschlussbericht. Gleichzeitig begünstige der industrielle Landbau vor allem Großbetriebe. Darum sei er für viele arme Länder und deren großteils kleinbäuerliche Bevölkerung nicht geeignet. Forschung sowie Handels- und Entwicklungspolitik müssten grundsätzlich neu ausgerichtet werden, fordern die Agrarexperten.

Höchste Priorität müsse die Förderung von Anbaumethoden haben, die den ökologischen und sozialen Bedingungen der jeweiligen Region angepasst seien. Das Fachgremium lehnt damit die bisherige Politik der Industriestaaten und der von ihnen gelenkten Weltbank klar ab. Diese setzten bislang vorrangig auf die Industrialisierung der Landwirtschaft mit dem Ziel der Exportproduktion. „Wenn wir so weitermachen wie bisher, kann die Weltbevölkerung im nächsten halben Jahrhundert nicht mehr ernährt werden“, warnt Robert Watson, Leiter des Projekts und Chefwissenschaftler der britischen Regierung.

Besonders kritisch sehen die Experten, dass viele Entwicklungsländer auf Druck der Industriestaaten „ihre Landwirtschaft für den internationalen Wettbewerb zu schnell und zu weit geöffnet haben“. Dies habe wegen der subventionierten Importe aus dem Norden „langfristige negative Folgen für Armut, Ernährungssicherheit und Umwelt“ gehabt. Nötig sei eine Reform des Agrarhandels, die den Entwicklungsstand berücksichtige und die Situation von Kleinbauern verbessere.

Immer weniger Entwicklungshilfe für Landwirtschaft

Vor 25 Jahren wurden noch 17 Prozent der Entwicklungshilfe der OECD-Staaten für die Landwirtschaft ausgegeben. 2007 waren es weniger als 4 Prozent.

Tod auf Syngenta-Feld

Bei einer symbolischen Landbesetzung im brasilianischen Dorf Santa Teresa do Oeste wurde im Oktober 2007 der Aktivist Valmir Mota de Oliveira gezielt ermordet. Täter waren Angestellte einer „Sicherheitsfirma“ welche der Schweizer Agrarkonzern Syngenta zur Bewachung eines Gentech-Versuchsgeländes angeheuert hatte. Mota war 34 Jahre alt, Vater dreier Kinder und Mitglied der brasilianischen Landlosenbewegung MST. Die Mitglieder der MST hatten versucht, das Gelände von Syngenta zu besetzen, weil sie befürchten, ihre eigene lokale Saatgutproduktion könnte durch genmanipulierte Pollen verseucht werden.

Spekulation mit Nahrungsmitteln

Wegen der steigenden Verwendung von Agrarerzeugnissen für Biosprit, der größeren Nachfrage der Schwellenländer und den Unwägbarkeiten des Klimawandels sind immer mehr professionelle Spekulanten ins Geschäft mit Getreide, Mais und Reis eingestiegen. Die Banken bieten nun ihren Kunden Wertpapiere an, mit denen sie auf steigende Rohstoffpreise für Lebensmittel und Agrosprit wetten können. Das treibt die Preise zusätzlich in die Höhe. So ist etwa der Weizenpreis auf dem US-Terminmarkt in den vergangenen zwölf Monaten um 130 Prozent gestiegen.

Menschenrechtsverletzungen

Der Agrospritboom führt auch zu Menschenrechtsverletzungen. In einer Studie von „Brot für die Welt“ wird dies für Lateinamerika untersucht. So hat etwa der Palmölanbau in Kolumbien die prekäre Menschenrechtslage weiter verschärft. Kleinbauern sind gewaltsam von mehr als 5 Millionen Hektar Land vertrieben worden. In Brasilien wurden allein in 2007 rund 3000 Sklavenarbeiter von Zuckerrohrplantagen befreit, die für die Ethanolherstellung produzierten.

**attac - gemeinsam
was bewegen!**

Attac ist eine internationale Bewegung, die sich kritisch mit der sogenannten „Globalisierung“ auseinandersetzt. 1998 in Frankreich gegründet, zählen wir mittlerweile etwa 100.000 Mitglieder in 40 Ländern der Erde.

Attac tritt ein für eine gerechte, solidarische, ökologische und friedliche Welt.. Wir wollen, dass die enorme Kluft zwischen Arm und Reich überwunden wird. Dazu muss der gigantische Reichtum, der sich in den Händen weniger befindet, umverteilt werden.

Globalisierung - so wie sie heute läuft - bedeutet die zunehmende Unterwerfung des ganzen Planeten und aller Lebensbereiche unter die Gewinninteressen von Konzernen und Finanzmärkten. Nicht die Bedürfnisse der Menschen nach einem Leben in Würde und ohne Existenzangst stehen im Mittelpunkt, sondern die Gewinnerwartungen einer kleinen Schicht von Unternehmen und Vermögenden. Das muss sich ändern.

Seit dem Jahre 2000 gibt es attac auch in Deutschland. Anfangs noch ein kleines Häufchen, sind wir heute in 200 Orten vertreten und haben etwa 20.000 Mitglieder in der ganzen Republik.

In Osnabrück sind wir seit November 2001 "am Start". Neben der Aufklärung über weltwirtschaftliche Zusammenhänge und die Folgen der Globalisierung in den armen Ländern haben wir uns auch vor Ort aktiv eingemischt.

Zur Zeit beschäftigen wir uns kritisch mit der EU-Handelspolitik gegenüber den AKP-Staaten, befassen uns mit Konzepten für eine „Solidarische Ökonomie“ und engagieren uns gegen die drohende Klimakatastrophe.

Wir freuen uns immer über neue Interessierte und MitstreiterInnen.



www.attac-netzwerk.de/osnabrueck

Weitere Informationen und Kontakt:

Stefan Wilker

☎ 0541/5061479

E-Mail: stefan.wilker@gmx.de